



Deutschland. Aber normal.

AfD Fraktion Offenbach Berliner Straße 100 63065 Offenbach a.M.

AfD Fraktion Offenbach
Berliner Straße 100
63065 Offenbach am Main
Tel: 069 / 80 65 35 08
Fax: 069 / 85 65 35 09
E-Mail: afd-fraktion@offenbach.de

Offenbach, den 23.06.2022

Antrag

Einrichtung einer Beratungsstelle für Menschen mit Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Stadtgesundheitsamt eine Beratungsstelle für Menschen mit Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden einzurichten.

Begründung:

Nach der Niederlage der FDA, der amerikanischen Zulassungsbehörde, vor einem texanischen Gericht mussten nun jene Dokumente veröffentlicht werden, die man für 77 Jahre (bis 2097) vor der Öffentlichkeit zurückhalten wollte. Es handelt sich dabei um die Pfizer Dokumente zu den Studien des „Comirnaty“ mRNA-Impfstoffes.

Darin werden auf neun Seiten (!) mögliche Nebenwirkungen der „Impfung“ mit oben genanntem Wirkstoff aufgelistet.

Außerdem endeten den Dokumenten zufolge von 42.086 bis Ende Februar 2021 selbstständig gemeldeten Impfreaktionen 1.223 tödlich.



(Quelle: BNT162b2/5.3.6 Cumulative Analysis of Post-authorization Adverse Event Reports/Table 1).

Die hohe Todesrate ist höchst alarmierend. Darüber hinaus entwickelten, im Gegensatz zur Placebo-Gruppe, Geimpfte 13-mal (!) häufiger Fieber, Schüttelfrost und andere Symptome (1.500 von 21.000).

(Quelle: BNT162b2/2.5 Clinical Overview/Table 59).

Da allgemein bekannt ist, dass die Inzidenz von Geimpften nach 3 Monaten ähnlich hoch ist, wie die von Ungeimpften, lässt sich die eindeutige Schlussfolgerung ziehen, dass die Impfungen hinsichtlich des Auftretens von Impfnebenwirkungen einen deutlich negativen „Netto-Effekt“ haben.

Es kann klar gesagt werden, dass die Impfnebenwirkungen massiv unterschätzt werden und diese oft nicht an die zuständigen Behörden gemeldet werden. Letzteres ist vermutlich darin begründet, dass ein Arzt in einer Stunde durch die Impfung bis zu 300 Euro verdienen kann, für die Erstellung von zwei Berichten (über Impfnebenwirkungen) die gleiche Zeit benötigt, diese aber nicht vergütet bekommt.

Allerdings rechnen Ärzte die Behandlung von Patienten mit Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden bei den Krankenkassen ab. Dies geht aus einer Untersuchung des Dachverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) hervor.

So wurden in den ersten 14 Monaten der Impfkampagne fast 245.000 Fälle an das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) gemeldet, bei einer Population von ca. 83 Millionen Menschen in Deutschland. Bei den BKK wurden allerdings in den ersten 2,5 Quartalen (also 7,5 Monaten) des Jahres 2021 nahezu 225.000 Impfkomplicationen abgerechnet - bei ca. 11 Millionen Mitgliedern. Aufgrund dieser Zahlen errechnet sich bei den beim PEI gemeldeten Impfkomplicationen eine Inzidenz von 0,29 %, während die bei den BKK abgerechneten Impfschäden eine um das knapp 7-fache höhere Inzidenz in Höhe von 2,05 % ergeben.

Davon ausgehend, dass die Nebenwirkungshäufigkeit der Impfung in der zweiten Jahreshälfte 2021 und auch im Rahmen der Boosterkampagne nicht abgenommen hat, kommt die BKK-Untersuchung zu dem Ergebnis, dass es über den gesamten Verlauf der Impfkampagne zu über 3,1 Mio. Impfkomplicationen gekommen ist, ein Beleg für das gravierende „Under-Reporting von Impfnebenwirkungen.

Die in den Pfizer-Dokumenten aufgelisteten Nebenwirkungen sind somit erheblich gravierender, als von Gesundheitsminister Karl Lauterbach

verharmlosend behauptet wird, der von „keinen bzw. nur kleinen Nebenwirkungen“ spricht und die Impfungen als „sicher“ bezeichnet.

Die aufgelisteten Nebenwirkungen haben allerdings ganz reale Auswirkungen bis hin zu langfristigen Folgeschäden und tödlichen Impfkomplicationen. Weil diese nun dokumentiert werden, könnten Ärzte leichter eine Verbindung zwischen Impfung und den Impfreaktionen herstellen und dem nachgehen.

In der Stadt Offenbach gibt es keine unabhängige Beratungsmöglichkeit. Betroffene Bürger werden an Haus- oder Impfärzte verwiesen und hinsichtlich der Kostenübernahme auf die Krankenkassen. Aufgrund der unterschiedlichen Interessenslage von Pharma-Industrie, Ärzteschaft, Krankenkassen und Patienten ist es erforderlich, eine unabhängige Stelle einzurichten, die die hilfeschuchenden Bürger im Falle von Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden kompetent und unbürokratisch berät.

Antragsteller: Hans-Joachim Münd, Stadtverordneter

